

Zurück in die Zukunft

Es sind oftmals die kleinen Ereignisse, die einen Wendepunkt in der Geschichte darstellen. Der 5-Tage-Krieg in Georgien gehört zu ihnen. Die disproportionale Reaktion Russlands und die einseitige Anerkennung Südossetiens und Abchasiens zeigen, dass der Versuch, Russland in eine gemeinsame internationale Sicherheitsordnung einzubinden, gescheitert ist. Der Georgien-Krieg hat die Weichen gestellt. Die neue Machtordnung zwischen dem Westen und Russland wird nicht auf Kooperation, sondern auf militärischer Abschreckung basieren.

Lex Folscheid

Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen war keine bedauerliche Nebenwirkung, sondern vielmehr Sinn und Zweck des Krieges in Georgien.

Erstaunlich an dem Krieg in Georgien ist eigentlich nur, dass alles so gekommen ist, wie man es hätte voraussehen können. Seit sechs Monaten häuften sich die Meldungen über Zwischenfälle in Südossetien. Micheil Saakaschwili hatte bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass er ein politischer Hazardeur ist. Innenpolitisch stand er nach den Massenprotesten von 2007 und der umstrittenen Wiederwahl im Januar 2008 unter Druck. Außenpolitisch hatte Saakaschwili durch den gescheiterten NATO-Beitritt im Mai 2008 ebenfalls eine herbe Niederlage hinnehmen müssen, die einen Rückschlag bedeuteten auf dem Weg Georgiens in Richtung Westen. Eine Eskalation des Konfliktes in Südossetien mag Saakaschwili da nicht ganz ungelegen gekommen sein. Als „Rallying around the flag“ wird das Phänomen bezeichnet, wonach eine Bevölkerung sich im Fall einer fremden Bedrohung mit ihren Anführern solidarisch erklärt. Außenpolitisch konnte Saakaschwili davon ausgehen, dass der Westen in einem Konflikt zwischen Georgien und Russland David umarmen und Goliath isolieren würde.

Und genau so kam es! Russland tat Georgien einen „Gefallen“ und reagierte mit übertriebener Härte auf die Angriffe georgischer Soldaten auf Ziele in Südossetien. Nicht nur, dass sie sich damit begnügten die georgischen Soldaten aus Südossetien zurückzudrängen. Russland besetzte ebenfalls strategisch wichtige Punkte in Kern-Georgien und ließ zwischenzeitlich den Anschein aufkommen, als ob sie auf dem Vormarsch in Richtung Tiflis wä-

ren. Schließlich folgte die einseitige Anerkennung Abchasiens und Südossetiens. Durch ihr Handeln nahm der Kreml die Gefährdung der partnerschaftlichen Verhältnisse mit der NATO und der EU sowie den WTO-Beitritt in Kauf. Ohne vorher Allianzen geschmiedet und das Vorgehen mit strategischen Partnern abgesprochen zu haben, preschte Russland mit der Anerkennung Südossetiens und Abchasiens vor. Ein hoffnungsloses Unterfangen, das als einzige Konsequenz hatte, dass Russland sich außenpolitisch isolierte. Noch nicht einmal die GUS-Staaten folgten Russland bei der Anerkennung der beiden Gebiete.

Doch selbst wenn man diese diplomatischen Kollateralschäden des Georgien-Krieges für irrelevant hält und eine reine machtpolitische Perspektive einnimmt, sieht die Bilanz für Russland nicht besser aus. Russland hat zwar vielleicht Südossetien und Abchasien gewonnen, doch Georgien hat es verloren.

Das Verhalten Russlands hat im Westen erneut für großes Unbehagen gesorgt, weil die Länder der Europäischen Union von den russischen Erdgaslieferungen abhängen. Der englische Außenminister David Miliband regte prompt eine Diskussion innerhalb der Europäischen Union an, wie man sich möglichst schnell aus der Abhängigkeit von den russischen Gaslieferungen befreien könnte. Indem Russland die Konfrontation mit dem Westen sucht, sägt es den Ast ab, auf dem es sitzt. Denn die wirtschaftliche Abhängigkeit zwi-

schen den EU-Staaten und Russland beruht auf Gegenseitigkeit. Die einzigen potenten Abnehmer für das russische Gas, die bereit sind, den vollen Marktpreis zu bezahlen, befinden sich in der Europäischen Union.

Die Frage, die man sich demnach zwangsläufig stellen muss, ist, warum Russland sich selbst unnötig und offenen Auges in die Isolation begeben hat?

Weil die Isolation gewollt ist! Dies ist die einzige logische Art und Weise, wie man das russische Verhalten im Georgien-Krieg erklären kann. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen war keine bedauerliche Nebenwirkung, sondern vielmehr Sinn und Zweck des Krieges in Georgien.

Auf dem Kaukasus werden zur Zeit die Gräben ausgehoben, die Russland in Zukunft vom Westen trennen sollen. Der Georgien-Krieg war ein erster Schritt in einem erneuten Prozess der Blockbildung, mit der Russland sich als Gegenpol zu den USA und der EU in der internationalen Sicherheitsordnung positionieren will.

Diese Entwicklung hatte Wladimir Putin in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 bereits vorskizziert. Sein Beitrag wurde damals von Analysten als „Kalter-Krieg-Rede“ bezeichnet. Darin beschrieb Putin die bedrohlichen Auswirkungen einer unipolaren Weltordnung, in der die USA „ihre politischen Grenzen in fast allen Bereichen überschritten“ hätten und in der sich „niemand sicher“ fühle. Diese Situation würde, so Putin, notwendigerweise zu einem „neuen Rüstungswettlauf“ führen. Putin entpuppte sich mit dieser Rede als politischer „Neo-Realist“. Seine Analyse beruhte auf der Annahme, dass eine bipolare Struktur am ehesten friedenserhaltend sei. Putin sprach bereits damals mehr oder weniger deutlich aus, dass er Russland als Gegenpol zu der Großmacht „USA“ sah. Die Pläne der NATO-Osterweiterung und des Baus eines Raketenabwehrschildes in Polen werden Putin in seiner Analyse bestärkt haben. Hinzu kommt, dass Putin zu einer Generation von Politikern und Managern in Russland gehört, die größtenteils aus den ehemaligen Geheimdiensten KGB und FSB stammen. Viele dieser ehemaligen Offiziere empfanden den Untergang der UDSSR und die darauffolgenden Jahre als Erniedrigung und träumen davon, den alten Glanz und die alte Einfluss-sphäre Russlands wieder herzustellen.

Doch mit welchen Argumenten könnte Russland heute ein Land überzeugen, strategische Beziehungen einzugehen? Die EU steht für Rechtssicherheit, Wohlstand und Stabilität. Wofür steht Russland heute im GUS-Raum? In Weißrussland unterstützt Russland das Regime von Aljaksandr Lukaschenka, dem „letzten Diktator Europas“. Mit der Ukraine zettelte Russland im März 2005



Militärparade am georgischen Unabhängigkeitstag (© shioshvili)

den sogenannten russisch-ukrainischen Gasstreit an. Beobachter gehen davon aus, dass es bei dem Streit darum ging, die Ukraine für die Annäherung an den Westen nach der sogenannten „Orangen Revolution“ zu bestrafen. Die Popularität des Präsidenten und seiner Partei sollte beim ukrainischen Volk vor den Wahlen im Frühling 2006 beeinträchtigt werden. Auch gegenüber Ländern wie Georgien oder Moldawien versuchte Moskau nach 2004 zunehmend seine wirtschaftliche Macht dazu zu nutzen, um politischen Druck auszuüben und missliebigen innenpolitischen Entwicklungen in diesen Staaten entgegenzuwirken – vor allem aber, um eine Ausdehnung der Demokratisierungsbewegungen, den sogenannten „farbigen Revolutionen“, zu verhindern. Das russische Modell besteht heute lediglich darin, günstige Energiepreise anzubieten und im Gegenzug politische Unterordnung zu fordern. Dies ist jedoch zu wenig! Mit Überzeugungskraft alleine wird Russland vor allem die Länder im südlichen GUS-Raum nicht davon abhalten können, sich andere strategische Partner zu suchen. Auf absehbare Zeit werden deshalb Konflikte in der Region vorprogrammiert sein.